



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 81-33

Fernschreiber 0 686 890

2/XVI/115 - 25. Mai 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe

Seite:

Zeilen:

1	<u>Über allen Wellen</u> Der Bundeskanzler und das Fernsehen	25
2 - 3	<u>Das Fernsehen im Ostblock</u> Man ist dort weiter als vielfach angenommen wird Von Rudolf Hornig	70
4	<u>Hinzug in den Bundestag?</u> Südschleswigs Wählerverband hat kaum Chancen	46
5 - 6	<u>Ist das notwendig?</u> Unfreundlicher Tarifstreit in NATO-Munitionslagern Von Lothar Schwarz, Mainz	64

* * *
* *

Über allen Wellen

Der Bundeskanzler und das Fernsehen

sp- Schade - die Bundesbürger sollen nun doch um das Vergnügen gebracht werden, den Herrn Bundeskanzler in einer Diskussionssendung am Fernsehschirm in aller Ruhe betrachten zu dürfen. Der Kanzler will nicht.

Lange hat er gezögert, bis er sich zu diesem negativen Entschluss aufreißte. Am meisten darüber erstaunt ist die Wahlkampfleitung der CDU, denn diese hatte schon "Richtlinien für Gemeinschaftsempfang" an ihre Unterorganisationen herausgegeben.

Der Gründe mag es viele geben, die zu diesem Entschluss Adenauers führten. Einige Berater des Kanzlers sollen gesagt haben, der Chef sähe wirklich nicht so schön aus, dass man einen grossen Effekt erwarten könne. Andere meinten, ein Vergleich zwischen dem alten Herrn und einem Politiker der Zukunft könne nur zu Ungunsten des derzeitigen Regierungschefs ausfallen.

Aber das sind alles Ausserlichkeiten. Zuverlässig verlautet aus CDU-Kreisen, der Herr Bundeskanzler habe einfach deswegen abgesagt, weil er es nicht ertragen könne, wenn ihm jemand widerspreche. Damit hätte er in einer Diskussion mit Journalisten rechnen müssen. Von einer öffentlichen Aussprache mit dem Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, war in letzter Zeit überhaupt nicht mehr die Rede.

Wir können den Entschluss des Bundeskanzlers nur bedauern. Verständnis haben wir doch dafür, dass der alte Herr solange wie möglich den Eindruck aufrecht zu erhalten wünscht, er schwebt tatsächlich über allen Wellen.

* * *

Das Fernsehen im Ostblock

rh- Nach den neuesten Informationen aus dem Ostblock, die sich auch auf eine kritische Beurteilung des amerikanischen Informationsstandes stützen, hat das Fernsehen in einer Reihe von Ostblockstaaten in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. So ist im vergangenen Jahr nicht allein die Zahl der Fernsehsender und der Fernsehapparate im Ostblock um rd 40 Prozent gestiegen, es ist auch die Tatsache festzustellen, dass der Besitz eines Fernsehapparates "drüben" nicht nur als ein Zeichen der Fortschrittlichkeit, sondern des zunehmenden Wohlstandes gewertet wird. Das kommt weitgehend dem Bestreben aller kommunistischen Regime entgegen, ständig neue Beweise für diesen zunehmenden Wohlstand aufzuzeigen und sich dabei gleichzeitig des Fernsehens als des besten Massenmediums zur ständigen Beeinflussung der Bevölkerung zu bedienen. Dem Osten kommt weitgehend zur Hilfe, dass in weiten Gebieten der Fernsehschirm noch immer eine "Wunderscheibe" ist.

Die Regime des Ostblocks fördern die allgemeine Fernsehbegeisterung schon deshalb, weil der Empfang von Fernsehprogrammen vom Ausland her nicht gestört werden kann und andererseits die beste Möglichkeit bietet, dirigierte Kultur und Unterhaltung in die Wohnung als dem auch heute noch intimsten Bezirk der Familie zu vermitteln. Seitdem im vergangenen Jahr in den meisten Satellitenstaaten ein grosszügiges Produktionsprogramm für Fernsehapparate angelaufen ist, hat sich die sowjetische Industrie - bis dahin der Hauptversorger von Fernsehapparaten für die Satellitenstaaten - stärker auf die Herstellung von billigen und besseren Apparaten konzentrieren können. So wird jetzt in der Sowjetunion das billigste Fernsehgerät bereits zu 80 -neuen- Rubel angeboten, die etwa 350 DM entsprechen. Ein Engpass nicht nur in der Sowjetunion, sondern im ganzen Ostblock ist auch weiterhin die Herstellung von Ersatzteilen und die Reparatur von Apparaten. So verfügt die Sowjetunion derzeit nur über 200 Reparaturzentren und in Prag muss man auf die Reparatur eines Apparats wochenlang warten. Noch ärger sind die Verhältnisse in Polen.

Die Sowjetunion besitzt derzeit 54 Haupt- und 160 Nebensender, mit denen ein Gebiet von 75 Millionen Einwohnern versorgt wird, die über vier Millionen Apparate verfügen. Planziel bis 1965: weitere 70 Haupt-

25. Mai 1961

und 200 Nebensender und 25 Millionen Apparate. In der Tschechoslowakei, dem auf dem Fernsehgebiet am weitesten entwickelten Ostblockland, wird es bald eine Million Apparate geben, für die neun Sender arbeiten. Neue Sender werden forciert fertiggestellt, bis 1965 will man ein zweites Programm schaffen; im nächsten Jahr wird ein Morgenprogramm für Schichtarbeiter eingeführt. In Polen mit derzeit rd 400.000 Apparaten soll die Zahl der Teilnehmer bis Jahresende auf 540.000 gesteigert werden. Neben dem Warschauer Sender bestehen nur kleine Relaisender und überall unzureichende Studios -so in Breslau und Stettin-. In diesem Jahre wird in Warschau mit dem Bau eines modernen Rundfunk- und Fernsehentrums begonnen.

Das für uns interessanteste Gebiet im Ostblock, die Sowjetzone, meldet eine Zahl von über eine Million Fernsehgeräten, wobei man in diesem Jahr 560.000 Fernsehapparate produzieren will. In der Sowjetzone entfällt somit ein Fernsehapparat auf 17 Einwohner, in der Bundesrepublik auf 12. Das Ulbricht-Regime hat somit noch viel zu tun, um auf diesem Gebiet die Bundesrepublik "einzuholen". Dass das Sowjetzonenfernsehen jede Gelegenheit, auch die einer Operübertragung, zu Propagandazwecken ausnutzt, ist hinlänglich bekannt. Etwa drei Viertel der Fernsehteilnehmer in der Sowjetzone können westdeutsche Programme empfangen, so dass es in der Zone keine "Exklusivität" des Fernsehens, wie in den anderen Ostblockländern, gibt. Über den Bau neuer Sender liegen widersprechende Angaben vor.

Im westlichen Ostblock verfügt nur noch Ungarn über eine grössere Anzahl von Sendern -derzeit 8- und von Fernsehgeräten rd 105.000. Davon sind allein in Budapest 60.000 Apparate vorhanden. In Rumänien gab es im Vorjahr nur 15.600 Apparate, doch werden jetzt jährlich 20.000 Stück im Lande erzeugt. Bis 1965 sollen 12 neue Sender das ganze Land versorgen. Bulgarien hat erst im November 1959 mit einem Versuchsprogramm begonnen und strahlt wöchentlich an zwei Tagen Programme aus. Man will heuer im Inland 7.250 Apparate produzieren. Albanien experimentiert noch mit Versuchssendungen herum und hat aus der Sowjetunion einen kleinen Sender bezogen. Auch Chinas Bevölkerung verfügt noch über wenig Empfangsapparate. Innerhin gibt es bereits sechs Sender und ein hypermodernes Sendezentrum in Peking mit ausgezeichneten Einrichtungen. Der Bau von eigenen Apparaten ist erst im Anlaufen.

Einzug in den Bundestag?

Kn- Der Südschleswigsche Wählerverband der dänisch orientierten Minderheit im Norden Schleswig-Holsteins hat beschlossen, an der Bundestagswahl am 17. September teilzunehmen, obgleich es für ihn nicht die geringste Chance gibt, auch nur mit einem einzigen Mandat in den Plenarsaal am Rhein einzuziehen.

Es wird den Spitzenkandidaten der einzigen Minderheit im Bundesgebiet, dem angesehenen Hochschulvorsteher Niels Boegh-Andersen, nicht gelingen, die erforderlichen Stimmen für das Mandat zusammenzubringen. Die Zeiten, da Hermann Clausen die Sperre von schätzungsweise 75.000 Stimmen nach leicht übersprang und in den Bundestag zog, sind vorbei. Die Minderheit hat sich auf einen Mitgliederstand von rd 30.000 eingependelt und sehr viel mehr Wähler dürfte sie, gemessen an den Erfahrungen der letzten Wahlen, auch diesmal nicht zusammenbringen.

Der Landesvorsitzende des Wählerverbandes, der Lehrer Karl Otto Meyer aus Schafflund bei Flensburg, hat die Wahlteilnahme nach seiner Niederwahl Anfang Mai mit dem Hinweis begründet, man müsse sich an jeder Wahl beteiligen, um im Bewusstsein der Wähler bestehen zu bleiben. Das mag richtig sein, täuscht aber nicht darüber hinweg, dass die für die Minderheit gültige deutsche Innen-, Sozial- und Kulturpolitik nun einmal in Bonn und nicht in Kopenhagen gestaltet wird. Die Wahlziele der Minderheit sind unweigerlich von dem Profil der Bonner Regierungsgewalt abhängig.

Es ist schon eine missliche Lage, wenn man als Minderheit mit Recht Sturm gegen das Notstandsgesetz eines Bundesinnenminister Schröder läuft, aber zugleich weiss, dass der eigene Abgeordnete im Parlament nicht dazu sprechen können wird, weil er einfach nicht die erforderlichen Stimmen zusammen bekommt. Aus der schleswig-holsteinischen Erfahrung weiss die Minderheit auch sehr genau, dass es das liberale Grenzland-Klima ist, welches ihr die freien Entfaltungen ermöglicht hat, ein Grenzlandklima, das die Sozialdemokraten fast ein Jahrzehnt lang gegen den national-konservativen Flügel der Christlichen Demokraten durchsetzen mussten.

Es ist ferner misslich für die kleine Minderheit in Norden, dass sie auf der einen Seite für den Bundestag kandidiert, aber auf der anderen Seite bereits erwägt, wie sie mit einer "untraditionellen Vertretung" in Bonn künftig auftreten kann. Sicher wird es ihr ermöglicht werden, eine ständige Vertretung beim Bundestag einzurichten und auch über die Gewährung eines Abgeordnetensitzes ohne Stimmrecht ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Aber um das zu erreichen, bedarf es nicht der Kandidatur und der Teilnahme am Wahlkampf. Ein Stimmenrückgang könnte sogar die Verhandlungsbasis für das Erreichen einer untraditionellen Vertretung erschweren. Das Beste wäre, wenn der Südschleswigsche Wählerverband sich seiner Beschluss, an der Wahl teilzunehmen, doch noch überlegen würde. Selbstverständlich sollte der SSW auch künftig in Norden an allen Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen, denn hier hat er die Chance, Abgeordnete zu erreichen und läuft nicht Gefahr, Wählerstimmen zu verschenken und dabei sogar der CDU indirekte Hilfestellung zu geben.

Ist das notwendig?

Von Lothar Schwartz, Mainz

Den beiden Arbeitsgerichtsäten in Kaiserslautern dürften die Haare zu Berge stehen. Über einhundert Klagen von deutschen Arbeitnehmern der US-Stationierungstreitkräfte häufen sich bereits auf ihren Schreibtischen, mit 200 weiteren müssen sie in den nächsten Tagen mindestens noch rechnen. Diese "Konjunktur" ist das Ergebnis der seit Monaten bestehenden unerfreulichen Spannungen und tarifrechtlichen Meinungsverschiedenheiten in den beiden größten Munitionsdepots der US-Armee auf dem Boden der Bundesrepublik. Aber auch die für diese Militärbetriebe in Miesau und Weilerbach in der Pfalz zuständigen Staatsanwaltschaften werden von den bedauerlichen Zuständen und Vorgängen Kenntnis nehmen müssen. Bisher liegen 14 Strafanzeigen von Arbeitnehmern vor, die sich gegen leitende deutsche (!) Angestellte der beiden Depots richten und auf Betrug und Nötigung lauter.

Die betrübliche und sicherlich vermeidbare negative Entwicklung des Arbeitsklimas in den beiden Depots, in denen rund 1 100 Deutsche beschäftigt sind, begann schon vor Jahresfrist, als die Bestrebungen der Depotsleitung erkennbar wurden, eine Neuregelung der Gefahrenzuschläge für die ständig gefährdeten Munitionsarbeiter vorzunehmen. Allen Warnungen der betroffenen Arbeitnehmer, dass sie eine davon zu erwartende sachlich ungerechte Schwägerung ihres Einkommens nicht hinzunehmen gedenken, wie auch den Hinweisen der Gewerkschaft ÖTV auf unverkennbare Verstöße gegen den bestehenden Tarifvertrag zum Trotz setzte die US-Armee ausgerechnet zum 1. Mai 1961 die neue Direktive für die Gewährung von Gefahrenzuschläge in Kraft. Sie bringt dem Grossteil der Arbeiter eine Reduzierung ihrer bisherigen Bezüge und enthält nach ihrer wie auch gewerkschaftlicher Auffassung eine Reihe von Ungerechtigkeiten. Trotzdem haben die Belegschaften der beiden Depots bisher Disziplin gewahrt, wozu die massvolle Faltung der für Militärbetriebe zuständigen Fachgruppe der Gewerkschaft ÖTV entscheidenden Anteil hat. Mitglieder des Hauptvorstandes wie auch der rheinland-pfälzischen Bezirksleitung der ÖTV sind seit Monaten bemüht, mit dem zuständigen US-Hauptquartier in Frankfurt/Main und den als Sozialpartner fungierenden Bundesfinanzministerien zu einer vernünftigen Lösung der strittigen Tarifprobleme zu kommen. Sie empfehlen dabei in Übereinstimmung mit den von ihnen betreuten Munitionsarbeitern die Angleichung an den entsprechenden Bundeswehrtarif, der sich schon von Gleichheitsgrundsatz her geradezu anbietet und endlich die oft schmerzlich empfundene arbeitsrechtliche und soziale Sonderstellung der Bediensteten einer Stationierungsmacht beseitigen könnte. Diese Verhandlungen werden voraussichtlich im Juni in eine entscheidende Phase einreten.

Wenig Fingerspitzengefühl

So viel zur Sache, in der die verantwortlichen US-Offiziere leider wenig Fingerspitzengefühl bewiesen haben. Mehr und mehr wird allerdings erkennbar, dass ihre Starrheit gegenüber den berechtigten Einwänden von Betriebsrat und Gewerkschaft letztlich das

25. Mai 1951

Produkt der ständigen Beeinflussung leitender deutscher Angestellter war, die sich als "Ratgeber" gegen die Interessen der Munitionsarbeiter betätigen zu müssen glaubten.

Betrug und Nötigung?

Gegen drei dieser Vergifter eines in zahlreichen anderen amerikanischen Munitionsbetrieben seit Jahren guten und ungestörten Verhältnisses zwischen uniformierten Arbeitgeber und den deutschen Beschäftigten werden jetzt Vorwürfe erhoben, denen ein kaum gleichlicher Sachverhalt zugrunde liegt. Die Depotleitung hatte vor einigen Wochen alle Vorarbeiter beauftragt, die Zeiten zu stoppen, in denen ihre Arbeiter effektiv mit scharfer Munition hantieren. Diese Zeitnahmen sollten die Berechnungsgrundlage für eine individuelle Pauschalierung der Gefahrenzuschläge bilden. Als die zwar mit innerem Widerstreben, aber korrekt ermittelten Werte vorlagen, wurden einzelne Vorarbeiter unter Androhung der fristlosen Entlassung von ihren deutschen Abteilungsleitern genötigt, die Ergebnisse zuungunsten der Arbeiter abzuändern. Vierzehn Anzeigen wegen Betrugs und Nötigung sind das vorläufige Ergebnis solcher Praktiken.

Aus diesem peinlichen Geschehen lässt sich doch ein Gutes erwarten. Für die Amerikaner die Erkenntnis, dass es wohl besser sein wird, direkten Kontakt mit den gewählten Vertretern der Arbeitnehmer zu halten und ihnen ein Beratungsrecht einzuräumen, als sich von fragwürdigen Ratgebern beeinflussen zu lassen. Die Nutzenanwendung für uns Deutsche ist weit bitterer, Sie kann nur in der Erkenntnis liegen, dass es vor allem unsere Landsleute sind, die wirtschaftliche und berufliche Macht ohne ethische Verpflichtung und ohne soziale Gewissen anzuwenden versuchen. Auf solchen Böden muss natürlich auch eine gewerkschaftsfeindliche Haltung stehen, die sich im speziellen Falle kürzlich darin dokumentierte, dass zwei Vertretern der Kreis- und Bezirksverwaltung der OIV von der Einladung zu einer Besprechung der strittigen Fragen an Ort und Stelle ausgenommen und am Betreten des Depots gehindert wurden.

Es wäre nützlich, wenn diese Tatsachen, die vor dem Hintergrund der politischen Situation und der NATO-Zusammenarbeit kaum noch mit Instinkttlosigkeit zu entschuldigen sind, auch höheren Stellen und dem USA zur Kenntnis gelangen würden.

* * *

- 7 -

Verantwortlich: Günter Markschaffel